

(A) **Klaus Matthiesen**^{*)} (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Sitzungsunterbrechung, die der Herr Präsident begehrt hat, zeigt, daß das amtierende Präsidium eine nicht leichte Rechtsfrage zu klären hatte. Soweit ich mich erinnern kann, haben wir - jedenfalls seit meiner Zugehörigkeit zu diesem Landesparlament - diesen komplizierten Rechtsfall noch nicht gehabt.

Ich habe die Entscheidung des amtierenden Präsidiums und des Herrn Präsidenten nicht zu kritisieren, will aber doch deutlich machen, daß wir bei unserer juristischen Prüfung zu einer etwas davon abweichenden Auffassung kommen - wie auch immer.

Unsere Auffassung geht dahin, daß es, wenn der Landtag gerade eben mit der Mehrheit seiner Stimmen beschlossen hat, keine Veranlassung zu sehen, zu dem Beschluß vom 30. März 1995 erneut Stellung zu beziehen, dann in der Logik liegt, daß man nicht zwei Minuten später zu exakt demselben Gegenstand dann doch wieder Stellung nehmen soll. Da mag es unterschiedliche Rechtsauffassungen geben. Vielleicht ist unsere Geschäftsordnung an diesem Punkt auch nicht ganz klar. Aber das soll nicht Gegenstand des heutigen Gesprächs sein.

(B) Ich will vor der ja jetzt kommenden Abstimmung über den CDU-Antrag nur noch einmal darauf hinweisen, daß wir eben inhaltlich beschlossen haben, daß die Landtagsfraktionen zu ihrem jeweiligen Votum vom 30. März 1995 im Landtag stehen. Die SPD hat damals mit Ja gestimmt - der Landtag unterstützt die Absicht der Landesregierung, den Braunkohlenplan Garzweiler II zu genehmigen -, die CDU hat seinerzeit mit Nein gestimmt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben mit Nein gestimmt. Durch die SPD-Mehrheit hat seinerzeit der Landtagsbeschluß eine Mehrheit gefunden.

Meine Damen und Herren, ich will deshalb hier jetzt für die SPD sagen, daß wir angesichts der Geschäftsordnungslage, der Rechtslage und aus ganz reinen formalen Gründen den CDU-Antrag mit einem Nein abstimmen werden.

(Beifall bei der SPD - Lachen und Unruhe bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir zur **Abstimmung** über den **Entschließungsantrag der Fraktion der CDU** kommen. Ich bitte Sie, meine Kolleginnen, mit dem Aufruf zur Abstimmung zu beginnen. (C)

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Möchte noch jemand seine Stimme abgeben? - Herr Clement.

(Minister Wolfgang Clement: Nein!)

Damit ist das Abstimmungsverfahren abgeschlossen. Ich bitte auszuzählen.

(Die Stimmen werden ausgezählt.)

Meine Damen und Herren! Das **Ergebnis**¹⁾ der namentlichen Abstimmung liegt vor. Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen und das Ergebnis zur Kenntnis zu nehmen.

Für den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU sind 80 Ja-Stimmen abgegeben worden; 121 Abgeordnete haben mit Nein gestimmt; es gab eine Stimmenthaltung. - Der Antrag ist damit **abgelehnt**.

Ich komme damit, da Wortmeldungen nicht vorliegen, zur der Feststellung, daß wir diesen Punkt der Tagesordnung abgeschlossen haben. (D)

Ich rufe auf:

3 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995 (Nachtragshaushaltsgesetz 1995)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/153

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur zweiten Lesung
Drucksache 12/350

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur dritten Lesung
Drucksache 12/351

dritte Lesung

¹⁾ Ergebnis siehe Anlage 2

(Vizepräsident Dr. Klose)

- (A) Darüber hinaus weise ich hin auf den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU zu Einzelplan 07 - Stichwort: Arbeit statt Sozialhilfe - Drucksache 12/369 und auf den Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 12/371 in der Fassung des Neudrucks zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 12/369.

Ich eröffne hiermit die Beratung und erteile aus erstem Redner Herrn Kollegen Dr. Linssen für die Fraktion der CDU das Wort.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die dritte Lesung eines Haushalts ist traditionsgemäß auch die Abrechnung mit der Landesregierung.

(Zuruf von der SPD: Hoil - Weitere Zurufe)

Bei einem Nachtragshaushalt - und nicht mehr und nicht weniger beraten wir heute - kann man diese Übung vollziehen, man kann sie auch lassen.

Aber ich denke, wir sollten zu dieser Stunde schon eine kritische Zwischenbilanz der Regierung Rau/Höhn vornehmen; denn schließlich liegt die Landtagswahl sechs Monate zurück, und die Regierung ist weit mehr als 100 Tage im Amt.

(B)

Ich kann nur den Kollegen Hombach, SPD, unterstützen, der klar erklärt hat: Die Stunde der Wahrheit ist jetzt gekommen.

(Beifall bei der CDU - Beifall des Ministerpräsidenten Dr. Johannes Rau)

Es ist die Stunde gekommen, in der Sie, Herr Ministerpräsident, schon Rechnung über die ersten sechs Monate ihrer Tätigkeit ablegen müssen, ob nun außer Spesen nichts gewesen ist oder ob Sie glauben, daß Sie irgendeinen Akzent in dieser Zeit zugunsten des Landes Nordrhein-Westfalen gesetzt hätten.

(Roland Appel [GRÜNE]: Warum sind so wenige Leute bei Ihnen da?)

Ich erinnere einmal an dieser Stelle an die Ansprüche am Ende der Koalitionsverhandlungen. Ich darf nur ein paar Stichworte zitieren: Da war die Rede von "Aufbruch", von "Frischem Wind in Nordrhein-Westfalen" - Herr Bauminister hat zum "frischen Wind" ja auch etwas gesagt -, vom "Reformbündnis", wobei dazu die SPD natürlich schon immer etwas kritisch stand, weil sie sagte: Wir waren ja eigentlich schon immer gut. Wie

können wir uns da von irgendwelchen anderen Leuten sagen lassen, daß jetzt Reformen anstünden?

(C)

Also, bei der Vokabel waren Sie schon immer vorsichtig. Und bei der Vokabel "Modellversuch für Bonn", die die wahre Begründung für diese Koalition ist, hat allerdings der Ministerpräsident in seiner gebotenen Vorsicht schon immer wieder darauf hingewiesen, daß er das eigentlich nicht so gern haben möchte.

Aber: Machen wir uns nichts vor, Herr Ministerpräsident! Ihre Leute und auch die GRÜNEN sehen das so. Ich nehme an, Sie haben inzwischen aufgrund der Entwicklung in Bonn erkannt, daß das mit der Option für 1998 wohl etwas schwierig wird, und denken deshalb heute auch, glaube ich, ein wenig anders. Das ist gut so.

Wir stellen fest, meine Damen und Herren: Rot bröckelt, GRÜN welkt, und Rot-GRÜN siecht dahin!

(Beifall bei der CDU)

Also: Der rote Gaul hier in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren, war ja schon immer ein bißchen in die Jahre gekommen. Das haben wir ja auch bisher so vorgeführt. Und Sie hatten Schwierigkeiten, den Karren noch irgendwie zu ziehen. Nun haben wir das neue Gespann mit der grünen Kröte.

(D)

(Lachen des Dr. Manfred Busch [GRÜNE])

Wenn Sie sich einmal vorstellen, wie schwer es dann fällt, sich überhaupt ins Geschirr zu legen, dann, glaube ich, brauchen wir diesem Bild gar nichts mehr hinzuzufügen.

(Gerd Mai [GRÜNE]: Sie unterschätzen die GRÜNEN!)

Anstelle der Überlegung, den Karren jetzt wirklich nach vorn zu ziehen, was eigentlich in dieser Zeit in Nordrhein-Westfalen das Wichtigste überhaupt ist, beschäftigt man sich tagtäglich mit den Schwächen des anderen und versucht, daraus vielleicht eine Belustigung des Publikums zu machen. Nur: Dieses wird sich in kürzester Zeit angeekelt abwenden, meine Damen und Herren.

Es wird von einer "Gewöhnungsphase" bei dieser Regierung gesprochen. Das haben wir zum hunderttägigen Jubiläum gehört. Verschiedene Repräsentanten der SPD haben erklärt: Wir sind in der Gewöhnungsphase.

(Dr. Linssen [CDU])

(A) Ich denke, daß wir bisher außer chaotischen Entwicklungen überhaupt nichts erlebt haben. Von Gewöhnungsphase gar keine Spur! Und von Gestaltungsphase wird überhaupt nicht geredet. Ich kann das ja verstehen.

Nun stellen Sie sich einmal vor: So ein Grüner, der da immer gegen das Auto wettert, muß jetzt sehen, wie seine Spitzenfiguren in der Dienstkarosse mit Spitzengeschwindigkeit durchs Land eilen. Und ein SPD-Wähler muß nun erkennen, daß die GRÜNEN eigentlich dabei sind, das Vertrauen in die Verlässlichkeit und in die Rechtstreue unseres Staates zu zerstören, und daß sich die SPD nicht entsprechend wehrt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Der Ministerpräsident hat zu dieser Koalition erklärt, das sei eine Brücke, die man begehen könne. Das war auch so ein Bild, das Sie gebraucht haben. Ich denke, das ist mehr so ein Drahtseilakt. Und an beiden Seiten sind die Drahtseiltänzer mit der großen Balancestange unterwegs. Und wenn sie sich immer nur einen Schritt vorwärtsbewegen, merken sie: Das Gelände ist ziemlich unsicher, und wir müssen uns schnell wieder aufs sichere Podest zurückziehen.

(B) Meine Damen und Herren! Es bewegt sich nichts hier in Nordrhein-Westfalen. Natürlich kann man sagen: Na, gut, wir unterhalten uns über die Abschaffung von NATO-Stacheldraht in Justizvollzugsanstalten. Das ist ein wesentliches Thema, das Ihnen die GRÜNEN da hineingeschrieben haben.

Meine Damen und Herren! Die Prioritäten in diesem Lande werden nicht richtig gesetzt. Priorität hat eine Politik für Arbeitsplätze. Da müssen Sie gemeinsam ziehen, Herr Clement.

(Beifall bei der CDU)

Da müssen Sie keine frommen Sprüche draußen machen, sondern da brauchen Sie einen Koalitionspartner, der bei dieser Aufgabe mitmacht. Und den haben Sie nicht.

(Minister Wolfgang Clement: Ich brauche keine Sprüche dazu. Das ist der Unterschied!)

- Das ist ja das Traurige, Herr Clement. Ich stünde ja nicht hier und würde das beklagen, wenn ich nicht mit Ihnen gerne das, was Sie verbal beteuern, nach vorne bringen wollte. Nur, die Leute merken mittlerweile: Bei Clement muß du auf-

passen, was er erzählt und wie gehandelt wird. Das ist die große Frage. (C)

(Beifall bei der CDU)

Ich sehe, daß von der Technologiefreundlichkeit der GRÜNEN vieles in diese Koalitionsvereinbarung einbezogen ist, daß wir jetzt pausenlos irgendwelche Gutachten bekommen werden.

Meine Damen und Herren, das wird so weitergehen: Wir werden immer zwei Gutachten bekommen: eines vom Öko-Institut in Freiburg und eines von einem renommierten Wirtschaftsinstitut oder einem finanzwissenschaftlichen Institut. Ich traue dem Ministerpräsidenten durchaus zu, daß er darauf achtet. Nur, das ist der installierte Konflikt.

Wir werden weiter nur diskutieren, denn Sie bekommen zum Thema Ökoabgaben jetzt natürlich unterschiedliche Voten von den beiden Instituten. Das ist völlig klar: Das Öko-Institut in Freiburg wird etwas ganz anderes sagen als das finanzwissenschaftliche Institut der Universität Köln.

Dann werden wir wieder da stehen wie vor der Auftragsvergabe. Aber dann ist wieder ein Jahr vergangen, meine Damen und Herren. Nordrhein-Westfalen kann es sich nicht leisten, daß Sie diesem Land Zeit stehlen.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Über Braunkohle haben wir lange genug gesprochen. Herr Ministerpräsident, auch wenn Sie weiter behaupten, es gebe Investitionssicherheit. Die Investitionssicherheit besteht nicht. Das wissen Sie auch ganz genau. Denn dadurch, daß Sie den GRÜNEN die Möglichkeit gegeben haben, in diesem Bereich zunächst einmal zu vertragen, mit der Umsiedlung nicht zu beginnen, können Sie nicht erwarten, daß ein Investor sein Vorhaben beginnt.

Ich sage das auch einmal mit ziemlicher Enttäuschung, Herr Ministerpräsident. Voriges Jahr im Herbst hatten wir Gespräche, in denen wir uns gerade über diese Investitionssicherheit unterhalten haben und in denen die Vertreter der SPD, Herr Farthmann, Herr Hombach und Herr Matthiesen, vehement die CDU beknet haben und gesagt haben: Laßt ab von der Idee "Tagebau nur bis zur A 61"! Wir brauchen nicht nur 17 Jahre Investitionssicherheit, sondern 40 Jahre. Wir brauchen das Ganze.

Ich wundere mich manchmal, daß diese klare Ansprache der Probleme bei Ihnen heute nicht mehr da ist und Sie das offensichtlich heute ganz anders sehen. Sie können nicht seriös draußen er-

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) klären, es gebe Investitionssicherheit in diesem Tagebau Garzweiler II.

An dieser Stelle könnte ich einmal etwas zu dem sagen, was vorhin in der Debatte von Frau Nakken vorgetragen wurde: Da hätte Westpol etwas über Bagger, Arbeitsplätze, Krupp-Technik, Abzug von Rheinhausen berichtet.

Meine Damen und Herren! Natürlich kommen die Äußerungen aus dem Betriebsrat. Natürlich kommen sie daher. Zu diesem Thema hat es eine Betriebsversammlung gegeben. Ob einige Herrschaften heute davon nichts mehr wissen wollen, das mag dahingestellt sein. Sie wissen das auch, Frau Höhn. Deshalb finde ich es schon miese, so etwas hier vorzutragen.

(Ministerin Bärbel Höhn: Ich weiß es nicht!)

Wir bleiben dabei: Die Annahme ist richtig. Die Aussagen werden auch von Mitgliedern von Krupp-Technik bestätigt.

Meine Damen und Herren! Es geht abwärts mit der Flughafenpolitik. Was Sie da installiert haben, wird nicht dazu führen, daß wir unser Flugverkehrskonzept von 1992, das wir gemeinsam hier beschlossen haben, noch aufrechterhalten können.

- (B) Sie haben davon Abschied genommen - nicht wir. Sie müssen sich natürlich fragen lassen, ob Sie das vor der Bevölkerung verantworten können.

Ich könnte über die Verkehrsinfrastruktur oder die innere Sicherheit sprechen. Ich könnte über die Kürzungen der Verpflichtungsermächtigungen von 30 %, Herr Finanzminister, über die wir gestern gesprochen haben sprechen.

(Minister Wolfgang Clement: Mit dem Bundesfinanzminister!)

- Das Spielchen mit dem Hinschieben nach Bonn können wir natürlich fortsetzen. Haben Sie einmal überlegt, was Sie in den letzten Monaten hier zum Plenum beigetragen haben? Sie haben außer ein paar Anträgen gegen Bonn nicht eine einzige Frage der Landespolitik hier einmal zur Diskussion gestellt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Das ist im Grunde ein Armutszeugnis, Herr Clement. Weil Sie immer so nett dazwischenrufen: Sie wissen, Sie waren schon letztes Mal Lebenselixier für mich.

(Zuruf von Minister Wolfgang Clement)

Überlegen Sie einmal bitte, ob Sie Ihre Sprache nicht hin und wieder überprüfen sollten. Was Sie heute morgen geboten haben, (C)

(Beifall bei der CDU)

war nicht dazu angetan, daß Sie einmal Nachfolger von Herrn Rau werden könnten.

(Beifall bei der CDU)

Herr Appel hat richtig festgestellt, was mit dieser Koalition los ist. Sie ist heillos zerstritten. "Hier regiert das Mißtrauen", so Appel wörtlich.

Man könnte natürlich auch noch den Kollegen Hombach zitieren: "Die GRÜNEN sind nicht regierungsfähig. Die SPD ist nicht koalitionsfähig." Also sind Sie per saldo nicht regierungsfähig. Das ist keine Behauptung der Opposition, sondern das sind Aussagen Ihrer Leute, Herr Ministerpräsident. Das müßte Ihnen hin und wieder auch zu denken geben.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren! Die Probleme dieses Landes sind die 700 000 Arbeitslosen, sind die 1,3 Millionen Straftaten, sind die 125 Milliarden DM Landesschulden - das sind die Fragen, die wir hier zu besprechen haben - oder wie wir Arbeitsplätze schaffen. (D)

Das können wir nur, wenn wir in der Verkehrsinfrastruktur optimal sind. Das können wir nur, wenn wir in der Bildungsinfrastruktur optimal sind, wenn wir modernste Technologien haben, damit wir ein beschäftigungsintensiver Hochlohnstandort bleiben, meine Damen und Herren. Das können wir nur mit bester Technik werden.

Da bin ich verbal wieder mit Herrn Clement völlig einer Meinung, nur er kriegt seine Leute nicht auf diesen Kurs. Das ist doch der wahre Punkt.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, daß in diesen sechs Monaten nicht nur Porzellan zerschlagen wurde, sondern daß mittlerweile Schaden für unser Land, für die Menschen, für ihre Berufschancen, für ihre Arbeitsplätze entstanden ist.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich an dieser Stelle - weil ja die dritte Lesung ein Freibrief auch für den Oppositionsführer ist - ein paar Bemerkungen ---

(Klaus Matthiesen [SPD]: Leider!)

(Dr. Linssen [CDU])

(A) - Das haben Sie doch früher in Schleswig-Holstein auch so gehalten, Herr Matthiesen!

(Klaus Matthiesen [SPD]: Ich war nie so wie Sie! - Heiterkeit bei der CDU - Klaus Matthiesen [SPD]: Ich würde mich schämen!)

Ich könnte ja jetzt mit ein paar lächerlichen Bemerkungen das alles wegwischen und wir könnten den Jokus weiter so fortsetzen.

(Erhebliche Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Lassen Sie mich aber mit allem Ernst zu dem Stil Ihres Vortrags heute morgen etwas sagen: Wer seinen Duzfreund Wilhelm Lieven hier so vorführt, wie Sie das gemacht haben, muß sich fragen lassen, wie er mit seinen Freunden überhaupt umgeht.

(Zurufe - Zustimmung bei der CDU)

Wir haben hier eben das Schauspiel erlebt, wie die SPD versucht hat, sich um eine bestimmte Abstimmung herumzudrücken. Ich habe Ihre Argumentation, Herr Matthiesen, überhaupt nicht verstanden. Alles, was Sie vorgetragen hatten, lief eigentlich darauf hinaus, daß Sie mit Ja abstimmen würden. Und dann kam auf einmal das Nein. Lesen Sie noch einmal nach, was Sie vorgetragen haben. Eine solche Volte habe ich hier im Parlament selten erlebt.

(B)

Wir haben in der Sache Ihr Nein gehört. Ich habe Respekt vor den sicherlich 20 Leuten von Ihnen, die den Saal verlassen haben, weil sie diese Winkelzüge offensichtlich nicht mehr ertragen konnten. Ich denke mir, daß Sie mit diesem Votum auch bei der Bevölkerung des Landes mehr als schlecht dastehen.

Herr Ministerpräsident, Sie sollten entweder dieses unwürdige Schauspiel des Streites, das Sie hier jeden Tag bieten, schnellstens beenden, damit die Regierung wieder oder überhaupt ans Arbeiten kommt, oder aber Sie brechen dieses Experiment umgehend ab. Die Wahl haben Sie!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Linssen. - Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Matthiesen das Wort.

Klaus Matthiesen¹⁾ (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Oppositionsführer war schon mal kämpferischer. Offenbar ist er durch die strategischen Verwirrungen, die seine Fraktion und sein Brief heute morgen in der Debatte verursacht haben, noch ein bißchen lädiert. Das zeigt ja auch das mangelnde Interesse der journalistischen Öffentlichkeit. Fast würde ich sagen: Man hat gar nicht mehr auf Ihren Auftritt gewartet. Die haben schon mit heute vormittag genug, nicht wahr? - Das war ein ziemlich schlapper Auftritt von Ihnen, wenn ich das mal so salopp ausdrücken darf.

(C)

(Zurufe von der CDU)

Denn der Vorgang, daß der Oppositionsführer bei der dritten Lesung eines Nachtragshaushaltes selbst ---

(Zurufe von der CDU)

- Hauptsache, Sie sind da, Herr Reul.

(Herbert Reul [CDU]: Wir können auch gehen!)

- Ich bitte darum, daß Sie bleiben, weil ich Sie auch als Zwischenrufer wünsche. Sie stimulieren mich; nicht politisch, aber emotional sehr wohl. Ab und zu brauche ich das.

(Zuruf von der CDU: Dann vielleicht eher Frau Höhn!)

(D)

Meine Damen und Herren, das war also ein ziemlich schlapper Auftritt. Außer ein paar rot-grünen Farbenspielen haben Sie hier nicht viel geboten; ganz offensichtlich, weil Schwarz mittlerweile Ihr strategisches Vermögen erheblich verdunkelt. Ich habe nichts Konstruktives gehört zu dem vorgelegten Nachtragshaushalt, und um den geht es ja. Denn die Generaldebatte, die Stunde des Oppositionsführers - oder wie immer Sie es nennen -, die haben wir dann bei der dritten Lesung des eigentlichen Landeshaushaltes. Ich hatte erwartet, daß Sie etwas zum Nachtragshaushalt und zu einigen zentralen Fragen der Landespolitik sagen. Da war Fehlanzeige.

Natürlich kann überhaupt nicht bestritten werden, daß die Koalitionsfraktionen es sich bei der Beratung des Nachtragshaushalts nicht ganz leicht gemacht haben - ich formuliere es einmal so. Und es hat auch eine Vielzahl von Irritationen auf beiden Seiten gegeben. Aber entscheidend ist, daß

(Matthiesen [SPD])

- (A) wir die erste Bewährungsprobe in dieser neuen politischen Formation bestanden haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Und Sie werden erleben, verehrter Herr Linssen, daß wir weitere bestehen werden. Sie haben doch das Problem - und das ist ihr eigentliches Problem -, daß Ihnen, nachdem Ihnen die F.D.P. abhanden gekommen ist - und im Bund ist sie auch dabei, Abschied zu nehmen;

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

ich muß es so häufig wiederholen, weil es richtig ist -, die strategische Mehrheitsoption abhanden gekommen ist. Deshalb versuchen Sie jetzt ständig, Keile in diese Koalition hineinzutreiben, und das immer in der völlig unberechtigten Erwartung, irgendwann einmal fielen ein paar Brosamen für Sie ab. Sie werden sich irren, Herr Oppositionsführer. Sie bleiben - das ist leider Ihre historische Rolle -, soweit ich vermute, lebenslang Oppositionsführer. Aber ab und zu muß es ja so etwas auch geben. Das ist Ihre Rolle.

- (B) Wir haben mit dem Entwurf des Nachtragshaushalts insgesamt Mehrausgaben von rund 660 Millionen DM vorgesehen. Dagegen stehen Mehreinnahmen von 55 Millionen DM und Minderausgaben von rund 330 Millionen DM, so daß noch rund 275 Millionen DM zusätzlich eingespart werden mußten, um unser gemeinsames Ziel - und das ist Ausdruck solider Finanzpolitik -, die Nettokreditaufnahme 1995 nicht zu erhöhen, auch tatsächlich zu erreichen. Und dies ist der Landesregierung gelungen, auch den Koalitionsfraktionen. Deshalb bleibt es 1995 bei einer Nettokreditermächtigung von 6,6 Milliarden DM. Der Nachtrag wird quantitativ nicht ausgeweitet. Dieses Signal solider, berechenbarer Finanzpolitik geht von diesem Nachtrag aus.

Insofern halte ich fest: Nicht alle Irritationen auf dem Wege dorthin waren schön. Das gilt für beide Seiten. Das Ergebnis kann sich aber sehen lassen. Wir haben ein Ergebnis mit dem klaren Ausweis solider und berechenbarer Finanzpolitik unter einer rot-grünen Landesregierung vorgelegt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Wir werden in dieser Koalition in den nächsten Jahren die Nettokreditaufnahme weiter reduzieren. Wir haben uns vorgenommen, daß sie am Ende der Legislaturperiode nur noch 1 Milliarde DM betragen soll. Das ist - ich weiß das wohl -

ein verdammt ehrgeiziges Ziel. Wir werden uns erheblich anstrengen müssen, um dieses Ziel zu erreichen. Aber der Finanzminister unseres Landes kann sich darauf verlassen, daß die Mehrheitsfraktion hinter ihm steht und ihm helfen wird, dieses, wie wir glauben, notwendige Ziel der Landespolitik als Ausweis solider Finanzpolitik tatsächlich zu erreichen. (C)

(Helmut Diegel [CDU]: Das sieht Herr Bajohr ganz anders! - Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE] schüttelt den Kopf.)

- Ich glaube nicht, daß er es im Prinzip anders sieht. Vielleicht gibt es die eine oder andere Variation in der Sprache. Das sei ihm gegönnt, denn irgendwo müssen die GRÜNEN sich ja noch ein bißchen von uns unterscheiden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es müssen schrittweise die Verpflichtungsermächtigungen reduziert werden. Im Nachtrag ist dazu der erste Schritt gemacht worden. Das sprunghafte Anwachsen der Personalausgaben muß eingedämmt werden. Mittel- und langfristig dürfen die Personalausgaben 50 % der Steuereinnahmen und 40 % der Ausgaben des Landes nicht überschreiten. Wir sind uns auch klar darüber, daß, sofern es strukturpolitisch sinnvoll ist, Beteiligungen, Liegenschaften und Forderungen des Landes veräußert werden müssen. Die Erlöse sollen dann wieder strukturpolitischen Zielen dienen. Hier, Herr Oppositionsführer, hätte ich mir gewünscht, daß Sie im Zusammenhang mit der Standortdebatte Nordrhein-Westfalen ein bißchen näher auf Notwendigkeiten der politischen Kurskorrektur in der Bonner Wirtschafts-, Finanz- und auch in der Sozialpolitik eingehen. (D)

Wenn Sie hier sagen, Sie seien - im Lande habe ich das gehört oder gelesen - der neue Anwalt für Arbeitsplätze und für die Arbeitnehmer, dann halte ich Ihnen zwei Dinge entgegen: Ein Oppositionsführer, der einer Partei zugehörig ist, die auf der Bonner Ebene die größte soziale Errungenschaft der letzten 30 Jahre wieder beseitigen will, nämlich die Lohnfortzahlung der Arbeitnehmer, der ist kein Anwalt der Arbeitnehmer, sondern - ich sage einmal - der politische Totengräber sozialer Arbeitnehmerinteressen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn Sie als Oppositionsführer noch nicht einmal die Kraft haben - der stellvertretende IGBE-Vorsitzende ist doch in Ihrer Fraktion -, zu diesem Auftritt des Herrn Staatsministers Bohl aus dem Bun-

(Matthiesen [SPD])

- (A) deskanzleramt auf dem Steinkohletag in Essen ein deutliches Wort der Distanzierung zu finden, dann wundere ich mich sehr und frage: Welche Rolle haben Sie hier eigentlich zu erfüllen?

Herr Bohl hat klipp und klar für die Bundesregierung gesagt: Die nächste Kohlekrise durch Bonner Entscheidungen stünde uns ins Haus. Er wäre nicht bereit, zusätzliche finanzpolitische Belastungen auf sich zu nehmen. Die Kohlehilfen seien nicht mehr verkräftbar.

Der IGBE-Vorsitzende hat in aller Deutlichkeit und Klarheit dagegegehalten. Wenn Sie Oppositionsführer des Landes Nordrhein-Westfalen wären, dann hätte ich mir ein klares Wort im Interesse der Bergleute unseres Landes, im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen gegenüber der Bonner Regierung gewünscht.

(Beifall bei der SPD)

Manchmal habe in den Eindruck, Sie sind ein Oppositionsführer, zwar hier in NRW ansässig und im Parlament beheimatet, aber häufig die Interessen der Bonner Koalition gegen die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen vertretend.

(Beifall bei der SPD)

- (B) **Präsident Ulrich Schmidt:** Herr Kollege Matthiesen, würden Sie eine Frage vom Kollegen Hegemann beantworten wollen?

(Klaus Matthiesen [SPD]: Ja bitte, sehr gern.)

- Herr Hegemann, bitte.

Lothar Hegemann*¹ (CDU): Herr Kollege Matthiesen, würden Sie mir die Stelle einmal kenntlich machen, an der Herr Bohl gesagt hat, die nächste Kohlekrise stünde ins Haus?

Klaus Matthiesen*¹ (SPD): Nein, das habe ich daraus gefolgert. Das habe ich vorhin auch so gesagt. Denn wenn ich die Aussage von Herrn Bohl nehme, dann stellt er damit nicht nur das Artikelgesetz in Teilen in Frage, sondern auch weitere Verstromungshilfen in der bisherigen Höhe.

(Stefan Frechen [SPD]: Genau!)

Das hat dann das zur Konsequenz, was ich gesagt habe. Deshalb gab es auch eine prompte Reaktion des IGBE-Chefs.

Meine Damen und Herren, was der Oppositionsführer zur Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen gesagt hat, waren außer Platitüden und Beschuldigungen gegenüber der Koalition nichts Substanzielles. (C)

Der Schwerpunkt unserer künftigen Wirtschaftspolitik - Minister Clement hat es deutlich gemacht - wird auf die Politik für den Mittelstand und das Handwerk gelegt. Darauf werden wir unsere Förderinstrumente zuschneiden. Wir wollen eine neue Welle der Existenzgründungen auslösen. Die Meistergründungsprämie im Handwerk ist so ein positives Beispiel einer neu orientierten Politik, die Minister Clement wie kein anderer mit großer Kraft ---

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Jetzt muß er wieder loben!)

- Nein, Lob bekommt der, der es verdient hat. Da Sie gar nicht in der Lage sind, die objektiven Leistungen des Wirtschaftsministers zu würdigen, darf es dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion jedenfalls erlaubt sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden unsere Politik im Bereich der Chemie, in der Bio- und Gentechnologie, in der Forschung, im Umweltschutz und in der Energieeinsparung fortsetzen. Wir legen Wert auf die Weiterentwicklung unserer Grundstoffindustrie. Wir werden auch neue Zukunftstechnologien wie Verkehrstechnik und Zukunftsenergien gebündelt in Nordrhein-Westfalen aufbauen, weil wir wissen, daß die Hauptaufgabe darin besteht, daß Nordrhein-Westfalen ein attraktiver Investitions- und Wirtschaftsstandort bleibt und Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden. (D)

Dies, Herr Oppositionsführer, wären die Themen gewesen, mit denen Sie - wenn Sie schon das Wort ergreifen, was bei der dritten Lesung eines Nachtragshaushalts ungewöhnlich ist - hätten zeigen können, daß Sie außer Attitüden und billigen polemischen Angriffen auf diese Koalition ab und zu auch noch eine politisch inhaltliche Idee haben und verkörpern. Was ich bei Ihnen zunehmend feststelle, ist politisch- inhaltliche Blutleere.

Letzter Satz: Wenn Sie meinen, Sie kämen in diesen Jahren mit flotten Formulierungen über die Runden - ich gebe zu, durch Medienberatung etwas lockerer vorgetragen als früher -, um Keile in diese Koalition zu treiben, dann werden Sie sich irren. Diese Koalition wird ihre Schwierigkeiten haben und behalten. Da bin ich ganz sicher.

(Matthiesen [SPD])

(A) (Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Aber diese Koalition wird das Land Nordrhein-Westfalen in den nächsten fünf Jahren stabil regieren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Ich danke dem Kollegen Matthiesen. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Abgeordneten Dr. Busch das Wort.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Linssen, Sie haben zwar einen Medienberater, aber offenbar können Sie mit den Medien immer noch nicht richtig umgehen.

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Ihr erbarmungsloses Theater von heute morgen hat ja auch den letzten gutwilligen Journalisten vertrieben. Es nützt doch nichts, wenn Sie locker auftreten, aber es ist niemand mehr da, weil Sie ihn vorher aus dem Saal gescheucht haben.

(B) Herr Linssen, Sie haben versucht, hier eine Elefantenrunde aufzuziehen. Dazu müßten allerdings auch wesentliche Inhalte von Ihnen benannt werden. Da waren nur Luftblasen. Sie verweisen immer wieder auf Irritationen. Wir erleben in Bonn ein Theater. Da geht es um die Gesundheitsreform. Da geht es um das Ladenschlußgesetz. Seit Jahren streiten Sie sich um die Ladenschlußgesetzänderung. Meine Güte, lassen Sie uns doch in einigen wesentlichen Punkten unsere Meinungsunterschiede. Diese Meinungsunterschiede tragen wir aus, aber wir sind handlungsfähig. Dieser Nachtragshaushalt beweist, daß wir handlungsfähig sind.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Wir sind im Zeitplan geblieben. Wir haben an diesem Nachtragshaushalt wesentliche Änderungen vorgenommen. Aber wir sind zu einem einstimmigen positiven Ergebnis gekommen. Was wollen Sie denn mehr? Was wollen Sie denn daran kritisieren?

(Zuruf des Lothar Hegemann [CDU])

Es ist gelegentlich gesagt worden, ein Nachtragshaushalt befasse sich lediglich mit einigen technischen Korrekturen. Das ist nicht richtig. Wenn Sie sich den Nachtragshaushalt ansehen, werden

(C) Sie feststellen, daß wir an zwei zentralen Punkten Handlungsfähigkeit bewiesen haben.

Der erste betrifft die Steinkohlepolitik. Das ist eine sehr wichtige und schwierige Frage. Wir haben die Steinkohlesubventionierung für weitere drei Jahre abgesichert. Das sehen wir positiv. Das entspricht übrigens auch der GRÜNEN-Beschlußlage, falls Ihnen die zwischendurch einmal entfallen sein sollte.

Wir wollen allerdings den planvollen Einstieg in eine Reduzierung der heimischen Steinkohleförderung. Herr Clement hatte vollkommen recht, als er auf dem Steinkohletag gesagt hat, daß er diese Beschlußfassung und Handlungsfähigkeit der Landesregierung in Sachen Steinkohleförderung und deren Subventionierung nur mit den GRÜNEN herbeiführen könne, weil nur wir diesen planvollen Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau wollen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

weil Sie einen nicht planvollen Einstieg in den Verzicht auf Steinkohlesubventionen wollen, wobei Sie die regionalen Brüche und sozialen Konsequenzen überhaupt nicht interessieren. Das ist Ihre Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D) Diese Politik wird in Bonn zur Zeit exekutiert. Das ist das, was Herr Bohl auf dem Steinkohletag angekündigt hat. Das ist das Problem. Herr Clement hat nicht mit uns das Problem, sondern mit der CDU und der F.D.P., die ihrerseits und Gott sei Dank auf dem absterbenden Ast sitzt. Aber deren Position wird ja offenbar von der CDU übernommen.

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Kollege Busch, würden Sie eine Frage von Herrn Kollegen Hegemann zulassen?

Dr. Manfred Busch (GRÜNE): Von Herrn Hegemann? - Damit haben wir die Chance, daß die Debatte noch einmal interessant wird.

Lothar Hegemann¹⁾ (CDU): Verlassen Sie sich darauf! Das hängt von Ihrer Antwort ab. - Herr Busch, können Sie mir erklären, was ein "planvoller Ausstieg aus der Steinkohle" ist?

(A) **Dr. Manfred Busch (GRÜNE):** Zwar haben wir hier keine Debatte zur Steinkohle. Aber diese Information möchte ich Ihnen dann doch gerne mitgeben. Wir wollen, daß innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes von zwanzig Jahren der Ausstieg aus der Steinkohle so gestaltet wird, daß alle diejenigen, die heute im Bergbau beschäftigt sind, eine persönliche und berufliche Perspektive finden und keine jungen Leute mehr im Steinkohlenbergbau eine berufliche Zukunft suchen. Das ist unser Konzept eines planvollen Ausstiegs aus dem Steinkohlenbergbau.

Das beinhaltet, daß auf kurze Sicht die Subventionierung fortgeführt wird, weil nur so eine bruchlose Anpassung möglich ist. Das haben wir Ihnen aber schon vor zwei Jahren erklärt. Wir werden darüber zu reden haben, wie das konkret umgesetzt werden kann.

Nur, wir stehen zur Subventionierung der Steinkohle auf mittlere Sicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen uns darüber unterhalten - Herr Hege-
mann, hoffentlich auch einmal mit Ihnen und nicht immer nur ohne Sie -, wie dieser Umbau der Steinkohleregionen tatsächlich stattfinden kann. Dazu gehört für uns maßgeblich der Ausbau etwa des REN-Programms, also des Programms zur rationellen Energienutzung und erneuerbarer Energiequellen. Dieses Programm haben wir in diesem Nachtragshaushalt maßgeblich aufgestockt. Das betrachten wir als einen großen Erfolg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Kollege Dr. Busch, ich habe noch zwei Meldungen auf Zwischenfragen.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE): Wenn ich mich recht erinnere, dann darf laut Geschäftsordnung sowieso nur noch eine Frage zugelassen werden. Das würde dann mit meiner Zeitplanung übereinstimmen.

Präsident Ulrich Schmidt: Das, was Sie zitieren, ist mir nicht bekannt.

(Lachen bei der CDU)

Würden Sie dem Kollegen Linssen eine Zwischenfrage gestatten?

Dr. Manfred Busch (GRÜNE): Ja, bitte.

(C)

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Kollege Busch, ist Ihnen bekannt, daß genau Ihr Postulat der Vermeidung bruchartiger Entwicklungen im Steinkohlebergbau die Bundesregierung dazu veranlaßt hat, ein bis 1999 mit 7 Milliarden DM ausgestattetes Programm aufzulegen? Dabei wird über die Jahre 1999 bis 2005 sicherlich im nächsten Frühjahr endgültig geredet werden müssen. Könnten Sie dem Hohen Hause bestätigen, daß Sie dafür sind, daß bis zum Jahre 2015 der Steinkohlebergbau in Nordrhein-Westfalen gänzlich beendet ist? So habe ich Sie bisher immer verstanden.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE): Den zweiten Teil Ihrer Frage habe ich gerade schon beantwortet. Wir sind dafür, in einem überschaubaren Zeitrahmen von etwa zwanzig Jahren aus dem heimischen Steinkohlenbergbau auszusteigen, ihn mit der entsprechenden regionalpolitischen Flankierung zu beenden. Das haben wir Ihnen hier in diesem Hohen Hause vor eineinhalb Jahren bereits vorgeschlagen. Das dürfte für Sie eigentlich nichts Neues sein.

In der Tat hat auch die SPD auf Bundesebene gesagt, daß sie über die Jahre 1999 und 2000 im Zusammenhang mit der Frist bis zum Jahre 2005 verhandeln will, wie es mit der Steinkohlesubventionierung weitergehen soll. Darüber werden wir dann zu reden haben.

(D)

(Reinhold Trinius [SPD]: Aber die Einbindung des Steinkohlenbergbaus haben wir vereinbart!)

Nachdem ich Ihre Fragen geduldig beantwortet habe, möchte ich zu meinem zweiten Punkt kommen, der im Nachtragshaushalt mindestens ebenso wichtig ist, nämlich der Begrenzung der Verpflichtungsermächtigungen auf 70 %. Diese Maßnahme ist notwendig - darin stimmen wir mit dem Finanzminister überein -, um die Neuverschuldung des Landeshaushaltes in Zukunft begrenzen zu können. Das haben Sie, meine Damen und Herren von der CDU, gestern schärfstens kritisiert. Vor diesem Hintergrund frage ich Sie wirklich: Nehmen Sie sich eigentlich selber noch ernst?

Sie verlangen von uns, die Neuverschuldung zu begrenzen, und wenn wir genau das tun, dann kritisieren Sie uns. Sie müßten uns - bitte schön -

(Dr. Busch [GRÜNE])

(A) einmal sagen, was Sie anders machen würden als wir.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube, daß beides zusammen nicht geht. Da grenzen Sie sich aus jeder seriösen Debatte aus. Ihre Vorschläge im Nachtragshaushalt machen Sie ein wenig lächerlich. Sie möchten alle Maßnahmen, die Sie vorgestellt haben, per Antrag über den Verzicht auf den Kauf von Grundstücken finanzieren. Das ist, glaube ich, wirklich nicht seriös. Man muß sich sowieso fragen, ob Sie in der Lage sind, Finanzpolitik seriös zu betreiben, vergewärtigt man sich das, was in Bonn passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN - Lachen des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Ich glaube, daß Sie bei der Konsolidierung des Landeshaushalts keine Hilfe sind, sondern eher eine Belastung, und zwar insbesondere durch die Steuerpolitik, die in Bonn betrieben wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie lassen zu, daß immer mehr Unternehmen immer neue Schlupflöcher finden und nutzen, so daß Großunternehmen in der Bundesrepublik praktisch keine Steuern mehr zahlen. Das ist das, was wir dann auf Landesebene in Form von Steuerausfällen realisieren. Das bedeutet, daß wir den Haushalt zwar von der Ausgabenseite her in den Griff bekommen, nicht aber von der Einnahmenseite her. Sie sind direkt verantwortlich dafür, daß hier immer neue Löcher aufgerissen werden. Das ist Ihre Verantwortung. Ich würde Sie wirklich bitten, hier keine Krokodilstränen zu vergießen.

Noch einige wenige Nachbemerken zur bisherigen Beratung des Nachtragshaushalts: Ich fand es wirklich peinlich und ekelerregend, in welcher Art und Weise Sie hier mit Minderheiten in der Bevölkerung umgehen. Schwule und Lesben! Wir wollen, daß die Landesregierung die Probleme, die Sorgen und Nöte dieser Bevölkerungsgruppe ernst nimmt und hierfür Handlungsvorschläge ausarbeitet. Deshalb sind spezielle Fachreferate erforderlich. Das haben wir in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben, und das wird jetzt umgesetzt.

Ich finde es wirklich übel, in welcher Art und Weise Sie unsere Vorschläge propagandistisch ausbeuten und beispielsweise die Einrichtung eines Schwulen- und Lesbenreferats und die Arbeitslosigkeit in Duisburg einander gegenüberstellen. Das ist wirklich übel!

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Busch, würden Sie noch eine Frage von Herrn Bensmann zulassen? (C)

Dr. Manfred Busch (GRÜNE): Nein, ich habe nur noch zwei Minuten Redezeit. - Taschengeld für Abschiebehäftlinge! Sie wissen ganz genau, daß es sich dabei lediglich um eine Anpassung unserer NRW-Erlasse an bundesgesetzliche Regelungen handelt. Außerdem sind Abschiebehäftlinge keine Straftäter. Wir wollen also nicht etwa Ungleiches gleich behandeln, sondern wir wollen für diese Menschen, die schlimme Erfahrungen hinter sich und noch vor sich haben, ein Minimum an Würde sichern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich als letztes zu Ihrem Antrag "Arbeit statt Sozialhilfe" kommen - ein typisches Beispiel für Ihre Dünnbrettbohrerei.

Was Sie mit diesem Antrag begehren, ist längst Beschlußlage. Das haben wir im Haushalts- und Finanzausschuß beschlossen. Das wäre Beschlußlage auch des Landtags geworden, wenn nicht im Haushaltsausschuß ein technisches Versehen passiert wäre. Dafür hat sich der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Dautzenberg, bereits entschuldigt. Es ist aber Beschlußlage; das ist völlig unbestritten. (D)

Und das bringen Sie jetzt hier in den Landtag ein. Sie empfehlen uns etwas als Entschließungsantrag, von dem Ihr Kollege Reul am Mittwoch folgendes behauptet hat - ich zitiere Herrn Reul aus der Plenumsdebatte am Mittwoch -: Dieser Text sei ein Kompromiß, der zur gegenseitigen Gesichtswahrung dermaßen verquast formuliert ist, daß man ihn kaum noch verstehen kann. Vielleicht ist das auch die Intention dieses ganzen Unternehmens.

Das haben Sie zu dem Text gesagt, den Sie jetzt als Antrag in den Landtag einbringen. Da frage ich wirklich: Welche Intention haben Sie eigentlich, wenn Sie einen angeblich so "verquast formulierten Text" als Entschließung einbringen? Warum haben Sie nicht den Mut, einen eigenen Text als Antrag einzubringen? - Die Antwort ist ganz einfach: Sie möchten sich mit unseren Federn schmücken.

(Beifall bei den GRÜNEN - Widerspruch von der CDU)

Sie möchten später mit einem rot-grünen Beschluß zur Sicherung des Programms "Arbeit statt

(Dr. Busch [GRÜNE])

(A) Sozialhilfe" durch die Lande ziehen und behaupten, Sie selbst hätten das Programm gerettet. Das haben wir schon besorgt, bevor Sie überhaupt aufgewacht sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber so sind Sie eben. So waren Sie früher schon, so sind Sie jetzt auch.

(Alexandra Landsberg [GRÜNE]: So werden sie immer sein!)

Dann weinen Sie gelegentlich Krokodilstränen, wenn wir Ihre Anträge, die angeblich frühere GRÜNEN-Anträge gewesen seien, nicht unterstützen. Da pfuschen Sie nach meinem Geschmack zu oft. Zum Beispiel bei dem Antrag zum soziostrukturellen Einkommensausgleich: Da nehmen Sie einfach einen Antrag, obwohl Sie genau wissen, daß das eine einmalige Sache war - von 1993. Sie tischen uns den Antrag heute auf und erwarten, daß wir zustimmen.

(Peter Bensmann [CDU]: Stimmt doch gar nicht! - Eckhard Uhlenberg [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Das ist doch lächerlich.

Aber es gibt auch ein grundsätzliches Problem dabei.

(B)

- Meine Redezeit ist zu Ende, zwei Sätze noch.

Sie wollen offenbar nicht begreifen, daß es hier keine grüne Landesregierung, sondern eine rot-grüne Landesregierung gibt. Wo wir Kompromisse machen, das entscheiden wir selbst. Und wenn wir Kompromisse machen, halten wir sie auch ein. Wir sind nämlich ein verlässlicher Partner mit eigenem Profil.

(Zurufe von der CDU)

Das wollen wir auch bleiben. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Dr. Busch. - Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanzminister Schleißer das Wort.

Heinz Schleißer, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe bereits am Mittwoch gesagt, Herr Kollege Linssen: 660 Millionen DM Mehrausgaben, 660 Millionen DM Minderausgaben oder Einsparungen, eigentlich eine Nullentwicklung des Haushalts;

0,693 % des Haushaltsvolumens bewegt, Ausgaben und Einsparungen - so daß Sie nur bei diesem Punkt recht haben könnten: Es bewegt sich nichts in Richtung Verschuldung. Nur das ist richtig von Ihren Behauptungen. (C)

Ich könnte Ihnen noch sagen, daß sich allein von Mittwoch bis heute noch etwas bewegt hat. Die CDU-Fraktion hat sich schwergetan, trotzdem hat sich etwas bewegt: Wir haben 1 Milliarde DM Garantieermächtigungen eingebaut, um den Ländern Ungarn, Polen, Tschechien, der Slowakei und Slowenien bei ihren großen Privatisierungsüberlegungen, bei ihren großen Infrastrukturmaßnahmen helfen zu können. Das heißt: Das Land Nordrhein-Westfalen gibt für diese Länder ebensoviel, wie Baden-Württemberg, Bayern und der Bund gemeinsam auf den Weg gebracht haben. Wir tun das im Interesse der nordrhein-westfälischen Wirtschaft, im Interesse der Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen.

Wir sind nicht nur mit dem Haushalt, sondern auch mit dem Nachtragshaushalt auf einem guten Weg. Was der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, Herr Kollege Dr. Busch, hier festgestellt hat, braucht nicht weiter ergänzt zu werden. - Ich bitte Sie, dem Nachtrag zuzustimmen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(D)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Herr Finanzminister Schleißer. - Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? - Kollege Dautzenberg, bitte schön.

Leo Dautzenberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Busch hat eben davon gesprochen, ich als Vorsitzender hätte gesagt, es sei ein technisches Versehen, daß ein Beschluß in der Beschlußempfehlung nicht enthalten sei.

Tatsache ist, daß dieser Beschluß von allen drei Fraktionen gefaßt worden ist, der Antrag auf Aufnahme in die Beschlußempfehlung ist aber von keiner Fraktion gestellt worden. Es ist ein besonderer Beschluß, wie sie sonst zu den Kapiteln und Einzelplänen gefaßt werden. Deshalb ist er im Beschlußteil der Drucksache nicht enthalten. Wenn Sie den Bericht aber lesen, werden Sie feststellen, daß der Beschlußinhalt Gegenstand

(Dautzenberg [CDU])

(A) der Diskussion war. Insofern geht Ihr Vorwurf fehl.

(Zuruf des Helmut Diegel [CDU])

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön. - Wir haben, als der Tagesordnungspunkt aufgerufen worden ist, formal auf diese Punkte hingewiesen. Das alles war Gegenstand auch unserer Schlußberatung. Wir können die **Beratung schließen**.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Wir stimmen erstens über den Gesetzentwurf zum **Nachtragshaushalt 1995** ab. Der Haushalts- und Finanzausschuß empfiehlt in seiner Beschlußempfehlung **Drucksache 12/351**, den Gesetzentwurf in der Fassung nach der zweiten Lesung - Drucksache 12/350 - mit den vom Ausschuß beschlossenen Änderungen anzunehmen. Wer ist für diese Beschlußempfehlung? - SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? - CDU. Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU in **dritter Lesung verabschiedet**.

(B) Wir stimmen zweitens über den **Änderungsantrag Drucksache 12/371 - Neudruck** - der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu dem Entschließungsantrag der CDU-Fraktion Drucksache 12/369 ab. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Einstimmig **angenommen**.

Der dritte Punkt der Abstimmung betrifft den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/369 unter Berücksichtigung des soeben angenommenen Änderungsantrags**. Wer ist für den Entschließungsantrag? - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Entschließungsantrag einstimmig **angenommen**.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende unserer heutigen Sitzung. Unsere **nächste Plenarsitzung** findet am Mittwoch, dem 29. November 1995, statt. Im Mittelpunkt dieser Sitzung steht die Einbringung des Haushaltsentwurfs 1996.

Ich wünsche Ihnen eine gute Heimfahrt und ein schönes Wochenende. (C)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 13.38 Uhr

2 Anlagen

^{*)} Vom Redner bzw. der Rednerin nicht überprüft (§ 105 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Redner und Rednerinnen.

(D)

15. November 1995/Ausgegeben: 20. November 1995

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.